



Bei einer Demonstration auf dem Halberstädter Domplatz fordern Bürger das Land auf, die Stollenanlage in den Thekenbergen zurückzukaufen. FOTOS: DIETMARKE

Proteste bei Minister-Besuch

In Halberstadt wird der Landespolitiker Rainer Robra (CDU) von Demonstranten empfangen. Sie fordern den Rückkauf der Stollenanlage in den Thekenbergen. Gibt es Hoffnung darauf?

VON DIETER KUNZE
UND SANDRA REULECKE

HALBERSTADT. Kauft das Land Sachsen-Anhalt die Stollenanlage in den Thekenberge nahe Langenstein zurück? Bei einem Besuch in Halberstadt sendet Kulturminister Rainer Robra (CDU) ein deutliches Signal in Richtung der Demonstranten, die das fordern.

Symbolträchtig versammelten sie sich am Freitagabend an den Steinen der Erinnerung vor dem Halberstädter Dom. Nur wenige Meter entfernt, im Gleimhaus, wurde Robra zur Eröffnung einer neuen Dauerausstellung erwartet. Zuvor stellte sich der Landespolitiker den Protestlern. Mit Plakaten verließen sie ihren Forderungen Nachdruck: „Respekt für die Opfer“ und „Erinnerungskultur schützen“.

Zunächst ergiff Hanka Rosenkranz das Wort. Sie ist die Vorsitzende des Fördervereins der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Ein Ort des Grauens im Zweiten Weltkrieg. Unter unmenschlichen Bedingungen wurden von 1944 bis 1945 Häftlinge dazu gezwungen, ein 13 Kilometer langes Stollensystem in die Thekenberge zu treiben. Die Nazis wollten die unterirdische Anlage für die Rüstungsproduktion nutzen – doch dazu sollte es nicht mehr kommen.

Tausende Männer starben während der Arbeiten, an den Folgen Hunger, Krankheit und Folter. Diejenigen, die überlebten, forderten, dass die Anlage öffentlich zugänglich ist, um an die Schicksale der Häftlinge, ihr Martyrium zu erinnern, so Rosenkranz. Dem schloss sie jetzt die zweite Generation, die Nachfahren der Häftlinge, an.

Rainer Neugebauer, der Beiratsvorsitzende des Vereins, las zur



Die Gymnasiastinnen Lara Uhde (links) und Antonia Fritz übergaben Rainer Robra ihre Sichtweise zur Gedenkarbeit in der Stollenanlage nahe Langenstein.

Verdeutlichung Auszüge aus den Erinnerungen des ehemaligen Häftlings Louis Betrand vor. Der mittlerweile Verstorbene, so erinnert Neugebauer, hoffe auf eine angemessene Einbeziehung des Stollens in die Gedenkstättenarbeit. „30 Jahre nach der Privatisierung des Stollens ... sind wir keinen Schritt weiter, im Gegenteil“, kritisierte der Halberstädter. „Wir hoffen, dass die Kinder der ehemaligen Häftlinge das noch erleben werden, für das ihre Väter vergeblich gekämpft haben.“

Aktuell können lediglich 120 Meter der Anlage besichtigt werden, ergänzte die Hanka Rosenkranz. Und selbst um diese wird nun gebangt. Der Grund: Die Anlage wechselte mehrfach die Besitzer. Aktuell ist die Firma des sächsischen Immobilienentwicklers Peter Jugl Eigentümerin.

Er habe die Anlage gekauft, um sie in einen Bunker für Krisenzeiten umzuwandeln, erläuterte Jugl gegenüber der Redaktion. Die Vi-

suallisierungen auf der Projekt-Website kündigen eine unterirdische Stadt an – mit der Ausstattung eines Luxus-Hotels. Der Zugang soll mit einer Kryptowährung gekauft werden.

Der Abschnitt, aber den der Förderverein derzeit nutze, bleibe öffentlich, versicherte er. Allerdings: Einen Nutzungsvertrag lehne er ab.

Nicht nur bei den Angehörigen der ehemaligen Häftlinge sorgten die Bunker-Pläne für einen Aufschrei. Auch vonseiten der Landespolitik gab es heftige Kritik, Jugl reagierte darauf, indem er die Anlage wieder zum Verkauf stellt. „Ob staatlich oder privat – wer meint, die Anlage einem besseren Zweck zuführen zu können, kann das jetzt tun“, verkündete er online.

Er sei „ein Mann ohne jegliches Geschichtsbewusstsein“, kritisierte Hanka Rosenkranz. Das „erpreserische Verkaufsangebot“ – acht Millionen Euro stehen im Raum – sei zynisch und eine Schande.

„Da es vom Lager nur noch wenige Spuren gibt, bleibt der Stollen das Herzstück der Gedenkstättenarbeit, um die Dimensionen der Zwangsarbeit darzustellen“, betonte deren Leiter Gero Fedtke. „Das ist deutschlandweit einzigartig.“

„Das ist Geschichte zum Anfassen“, sagte Hanna Weber, die sich mit weiteren Schülern des Halberstädter Gymnasiums an der Demonstration beteiligte. „Ich werde nicht wegsehen und schweigen.“

Die Anlage sei für die Gedenkstättenarbeit wichtiger denn je, betonte auch Halberstadts Oberbürgermeister Daniel Szarata (CDU). Sie gehöre in öffentliche Hand, jetzt müsse man dem Besitzer zeigen, dass er damit nichts anfangen könne, denn vom Denkmalschutz und vom Landkreis würde es keine Genehmigung geben, etwas anderes zu machen.

Die Landtagsabgeordnete Monika Hohmann (Linke) nutzte die Gelegenheit, um die Versäumnisse der Landesregierung zu erinnern. Bereits 2019 habe der Landtag einstimmig dem Beschluss zugestimmt, die Anlage zu sichern.

„Wir sind uns vom Grundanliegen einig“, versicherte Minister Rainer Robra. „Der Erlös vom erstmaligen Verkauf des Geländes landet beim Bund“, gab er zu bedenken, deshalb sehe er auch den Bund in der Pflicht. Alle Behörden müssen nun an einem Strang ziehen, betonte er. Und er versprach: „Bis zum Ende der Legislaturperiode 2026 will ich das erledigt haben.“

Sein Zeitplan hat jedoch einen Haken. Peter Jugl kündigte an, nur bis Ende Oktober Offerten entgegennehmen zu wollen. „Sollten keine ernsthaften Kaufangebote eingehen, wird das Projekt wie geplant fortgesetzt.“